

Stellungnahme zum Antrag

CDU-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2022/2084**

Verantwortlich: **Dez. 2**

Dienststelle: **Afsta**

EhrenamtsKArte – Ehrenamt kann sich lohnen

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Hauptausschuss	06.12.2022	3	x	

Kurzfassung

Der Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe zur Bewerbung der Stadt Karlsruhe bei der Modellphase zur Einführung einer landesweiten Ehrenamtskarte, die das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg für 2023 plant, wird von der Verwaltung nicht befürwortet. Das Konzept birgt das Risiko, dass ehrenamtlich und freiwillig Engagierte ungleich behandelt werden. Der Kostenaufwand der Stadt Karlsruhe für die Umsetzung der Ehrenamtskarte, die möglichen Ausgleichszahlungen für gewährte Ermäßigungen sowie die finanzielle Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg sind nicht hinreichend geklärt.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:		Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:	
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates		Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.	
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

Stellungnahme zum Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion zur Ehrenamtskarte des Landes Baden-Württemberg.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe hat die Bewerbung der Stadt Karlsruhe um die Teilnahme an der Modellphase zur Einführung der Ehrenamtskarte des Landes Baden-Württemberg beantragt. Mitwirken können jeweils eine Modellregion aus den vier Regierungsbezirken, davon zwei Landkreise und zwei Stadtkreise. Der Landkreis Karlsruhe bewirbt sich nicht um die Teilnahme.

Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

1. Eigenschaften der Freiwilligenkarte Baden-Württemberg

Die Umsetzung der Freiwilligenkarte ist eine freiwillige Leistung.

Das Konzept des Landes Baden-Württemberg sieht vor, dass Engagierte, die mindestens fünf Stunden wöchentlich oder 250 Stunden jährlich aktiv sind, mit der Karte belohnt werden sollen. Es soll sich an bestehende Maßnahmen anderer Länder orientieren. Soweit bekannt, bieten die Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern Ehrenamtskarten an.

Die Ehrenamtskarten bieten teils kommerzielle Vergünstigungen, wie prozentuale Nachlässe bei Einkäufen, Touristik, Restaurants, in geringerem Umfang Nachlässe bei Kulturangeboten, Schwimmbädern und ähnlichem.

2. Finanzierung der Freiwilligenkarte

Zur Umsetzung der Freiwilligenkarte in Karlsruhe müssen geeignete Anbieter akquiriert werden, die bereit sind, Vergünstigungen anzubieten. Fraglich ist, ob Kultureinrichtungen, Unternehmen der Personenbeförderung, Schwimmbäder und andere in Karlsruhe in der Lage sind, die Mindereinnahmen zu tragen oder ob sie auf einen finanziellen Ausgleich angewiesen sind. Diesen müsste die Stadt Karlsruhe übernehmen. Ein entsprechendes Abrechnungssystem müsste entwickelt werden. Weiterhin müsste ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden, die die Anbieterinnen und Anbieter von Vergünstigungen akquirieren, die Ausgleichszahlungen bearbeiten, die Anträge der Engagierten prüfen und regelmäßig die Berechtigungen der Karteninhaberinnen und -inhaber prüfen.

In welchem Umfang das Land Baden-Württemberg sich bei der Finanzierung beteiligt, ist nicht abschließend geklärt.

Es ist weiterhin offen, ob es ein einheitliches Antragsverfahren in Baden-Württemberg geben wird oder ob die Körperschaften jeweils eigene Verfahren entwickeln müssen. In den genannten Bundesländern haben die teilnehmenden Gemeinden und Kreise individuelle Antragsverfahren.

3. Einschätzungen aus dem Freiwilligensektor in Karlsruhe

Im Zusammenhang mit der Anerkennungskultur für ehrenamtlich und freiwillig Engagierte wurde das Thema „Ehrenamtskarte“ beziehungsweise „Freiwilligenpass“ im Forum Ehrenamt bereits dreimal diskutiert und abgelehnt. Es war auch Gegenstand des Workshops „Ehrenamt ist Gold wert“ im September 2013 mit ebenfalls negativer Einschätzung. Die Ehrenamtskarte wurde als unbrauchbar und sogar als schädlich eingeschätzt, da das Engagement bewertet und Engagierte ungleich behandelt werden. Dies kann innerhalb eines Vereins oder einer Gruppe negative Stimmungen auslösen und demotivieren.

Der Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion wurde in der Sitzung des Forums Ehrenamt am 9. November 2022 behandelt. Bemängelt wurden folgende Punkte:

- Die Mindestengagementdauer von 5 Stunden wöchentlich beziehungsweise 250 Stunden jährlich wird als ungerecht eingeschätzt.
- Nicht-institutionell Engagierte können keinen Nachweis über ihre Tätigkeit erbringen und sind ausgeschlossen.
- Das Verfahren mit Nachweis und Antragstellung an sich ist zu bürokratisch.
- Die Inhaberinnen und Inhaber der Freiwilligenkarte müssen jährlich kontrolliert werden, ob sie noch berechtigt sind.
- Die Vergünstigungen, die die Freiwilligenkarte bietet, sind eher zufällig und orientieren sich zu wenig an den tatsächlichen Bedürfnissen der Engagierten.
- Der Einsatz der erforderlichen finanziellen Mittel ist zur Anerkennung des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagement zu wenig effizient.

Das Forum Ehrenamt ist zum Ergebnis gekommen, die Entwicklung der landesweiten Freiwilligenkarte abzuwarten und das Ergebnis neu zu bewerten. Prinzipiell sollten in Karlsruhe Angebote erarbeitet werden, die die Engagierten in Karlsruhe zielorientiert und möglichst unbürokratisch unterstützen.

4. Einschätzung der Verwaltung:

Die Vorgabe der Engagementdauer von mindestens 5 Stunden wöchentlich beziehungsweise 250 Stunden jährlich benachteiligt Menschen, die zum Beispiel beruflich oder familiär stark eingebunden sind. Wer sich intensiv engagiert, aber weniger Zeit dafür aufbringen kann, geht leer aus. Die Qualität eines Engagements wird nicht berücksichtigt. Dadurch entsteht tatsächlich eine Ungleichbehandlung der Engagierten, auf Grund dessen zu Recht Unmut befürchtet werden muss. Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement darf nicht bewertet werden.

Die Frage der Finanzierung der Mindereinnahmen, der personellen und finanziellen Ausstattung und weiteren Maßnahmen zur Umsetzung der Ehrenamtskarte muss vorab umfänglich geklärt werden. Es ist kaum vorstellbar, dass das Land Baden-Württemberg für alle teilnehmenden Kommunen und Kreise die Kosten vollständig und dauerhaft übernimmt. Es ist weiterhin nicht darstellbar, dass die Stadt Karlsruhe vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltsituation mögliche finanzielle Aufwendungen für die Einführung und Umsetzung der Ehrenamtskarte übernimmt, bei der es sich zudem um eine freiwillige Leistung handeln würde.

Eine Bewerbung der Stadt Karlsruhe um die Teilnahme an der modellhaften Entwicklung der landesweiten Ehrenamtskarte sollte daher nicht erfolgen.

Die Verwaltung verweist auf die umfangreichen Leistungen zur Anerkennung und Unterstützung des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements in Karlsruhe, die dem Gemeinderat am 27. Juli 2021 vorgelegt wurde.